



# Bundesgesetz

## über die flankierenden Massnahmen bei entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und über die Kontrolle der in Normalarbeitsverträgen vorgesehenen Mindestlöhne (Entsendegesetz, EntsG)

### Änderung vom 30. September 2016

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,  
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 1. Juli 2015<sup>1</sup>,  
beschliesst:*

I

Das Entsendegesetz vom 8. Oktober 1999<sup>2</sup> wird wie folgt geändert:

#### *Art. 5 Abs. 4*

<sup>4</sup> Der Erstunternehmer kann zudem mit den Sanktionen nach Artikel 9 Absatz 2 Buchstaben d und g belegt werden, wenn er seine Sorgfaltspflichten nach Absatz 3 nicht erfüllt hat. Artikel 9 Absatz 3 ist nicht anwendbar.

#### *Art. 7 Abs. 4<sup>bis</sup>*

<sup>4bis</sup> Sieht ein allgemein verbindlich erklärter Gesamtarbeitsvertrag eine Regelung über die Auferlegung von Kontrollkosten vor, so gelten die entsprechenden Bestimmungen auch für Arbeitgeber, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Schweiz entsenden. In diesem Fall ist Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe g nicht anwendbar.

#### *Art. 9 Sachüberschrift sowie Abs. 2 und 3*

##### Verwaltungssanktionen

<sup>2</sup> Die zuständige kantonale Behörde nach Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe d kann:

- a. bei Verstössen gegen Artikel 1a Absatz 2, gegen Artikel 3 oder gegen Artikel 6 eine Verwaltungssanktion aussprechen, die eine Belastung durch einen Betrag bis 5000 Franken vorsieht;

<sup>1</sup> BBl 2015 5845

<sup>2</sup> SR 823.20

- b. bei Verstössen gegen Artikel 2 eine Verwaltungsanktion aussprechen, die:
  - 1. eine Belastung durch einen Betrag bis 30 000 Franken vorsieht, oder
  - 2. den betreffenden Unternehmen verbietet, während ein bis fünf Jahren in der Schweiz ihre Dienste anzubieten;
- c. bei einem besonders schwerwiegenden Verstoss gegen Artikel 2 die nach Buchstabe b vorgesehenen administrativen Sanktionen kumulativ aussprechen;
- d. bei Verstössen gegen die Sorgfaltspflicht nach Artikel 5 Absatz 3 eine Verwaltungsanktion aussprechen:
  - 1. die eine Belastung durch einen Betrag bis 5000 Franken vorsieht, oder
  - 2. den betreffenden Unternehmen verbietet, während ein bis fünf Jahren in der Schweiz ihre Dienste anzubieten;
- e. bei Verstössen im Sinne von Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe a oder b oder bei Nichtbezahlung des Betrags der rechtskräftigen Verwaltungsanktion nach Buchstabe a, b oder d den betreffenden Unternehmen verbieten, während ein bis fünf Jahren in der Schweiz ihre Dienste anzubieten;
- f. gegen Arbeitgeber, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Schweiz anstellen und die gegen die Bestimmungen über den Mindestlohn in einem Normalarbeitsvertrag nach Artikel 360a OR<sup>3</sup> verstossen, eine Verwaltungsanktion aussprechen, die eine Belastung durch einen Betrag bis 30 000 Franken vorsieht;
- g. den fehlbaren Unternehmen die Kontrollkosten ganz oder teilweise auferlegen.

<sup>3</sup> Die Behörde, die eine Sanktion ausspricht, stellt dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) und dem zuständigen paritätischen Kontrollorgan nach Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a eine Kopie ihres Entscheids zu. Das SECO führt eine Liste der Unternehmen, gegen die in einem rechtskräftigen Entscheid eine Sanktion verhängt worden ist. Diese Liste ist öffentlich.

*Art. 12 Abs. 1 Einleitungssatz und Bst. c sowie 2 und 4*

<sup>1</sup> Mit Busse bis zu 40 000 Franken wird bestraft, sofern nicht ein mit höherer Strafe bedrohtes Verbrechen oder Vergehen des Strafgesetzbuches<sup>4</sup> vorliegt, wer:

- c. einer rechtskräftigen Dienstleistungssperre nach Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe b, d oder e nicht Folge leistet;

<sup>2</sup> und <sup>4</sup> *Aufgehoben*

<sup>3</sup> SR 220

<sup>4</sup> SR 311.0

## II

Das Obligationenrecht<sup>5</sup> wird wie folgt geändert:

*Art. 360a Abs. 3*

<sup>3</sup> Wird wiederholt gegen die Bestimmungen über den Mindestlohn in einem Normalarbeitsvertrag nach Absatz 1 verstossen oder liegen Hinweise vor, dass der Wegfall des Normalarbeitsvertrages zu erneuten Missbräuchen nach Absatz 1 führen kann, so kann die zuständige Behörde den Normalarbeitsvertrag auf Antrag der tripartiten Kommission befristet verlängern.

## III

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Nationalrat, 30. September 2016

Die Präsidentin: Christa Markwalder  
Der Sekretär: Pierre-Hervé Freléchoz

Ständerat, 30. September 2016

Der Präsident: Raphaël Comte  
Die Sekretärin: Martina Buol

*Ablauf der Referendumsfrist und Inkraftsetzung*

<sup>1</sup> Die Referendumsfrist für dieses Gesetz ist am 19. Januar 2017 unbenützt abgelaufen.<sup>6</sup>

<sup>2</sup> Es wird auf den 1. April 2017 in Kraft gesetzt.<sup>7</sup>

22. März 2017

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Die Bundespräsidentin: Doris Leuthardt  
Der Bundeskanzler: Walter Thurnherr

<sup>5</sup> SR 220

<sup>6</sup> BBl 2016 7679

<sup>7</sup> Der Beschluss über das Inkrafttreten wurde am 16. März 2017 im vereinfachten Verfahren gefällt.

